

Am 26.4.2017 findet im Kongress die abschließende Lesung über die Änderung des Wahlrechts statt, nach welcher über einen bestimmten Zeitraum der FARC die Möglichkeit eröffnet werden soll, in zehn Wahlkreisen Bewerber für den Kongress aufzustellen. Das Magazin EL ESPECTADOR schildert die Positionen in der politischen Diskussion darüber:

FARC an die Wahlurnen

Wenn die FARC warnend darauf hinweist, dass der Zeitplan für die Übergabe der Waffen überzogen werde infolge „der Nichterfüllung von Regierungsleistungen“, dann bedeutet dies, dass das Land am 1. Juni dieses Jahres nicht aufwachen wird und es wird eine Guerrilla weniger geben. Und dies bedeutet auch, dass die politische Kampagne, die die FARC als politische Bewegung mit Blick auf die Wahlen 2018 zu führen gedenkt, sich ebenfalls verzögern wird. Hinsichtlich des genannten Vorwurfs an den Staat hat es zahlreiche Anschuldigungen gegeben wegen der Zustände in den für die Waffenübergabe unter UN-Aufsicht vorgesehenen Zonen. Zustände, welche nach den Worten der Guerrilla-Chefs dazu zwingen, ihren Übergang ins Zivilleben mit Verzögerung anzugehen.

Das Andere ist im Grunde genommen der Übergang von den Patronen zu den Wählerstimmen, und hierbei zeigt die Realität, dass die Regelung der Eingliederung der Guerrilla ins Zivilleben von den Zuständigen ebenfalls mit gebremstem politischen Willen betrieben wird, genau wie die Ausstattung der Zonen für die Waffenübergabe. Das langsame Tempo, das der Kongress vorlegt, macht es erforderlich, dass der sog. „fast track“, also das Verfahren zur beschleunigten Abwicklung legislativer Prozesse, für sechs weitere Monate in Gültigkeit gesetzt werden muss, wie Innenminister Juan Fernando Cristo bekanntgab.

Damit nicht genug. In der vergangenen Woche stand auf der Tagesordnung des Senats die letzte Lesung des Gesetzes, mit dem es der FARC erlaubt werden soll, als Partei an Wahlen teilzunehmen, aber der Punkt musste wegen mangelnder Beschlussfähigkeit vertagt werden. Die Abwesenheit vieler Senatoren hatte neben anderen den Grund, dass Gerüchte umgingen, die Antikorruptionspolizei werde auftauchen, um einige Abgeordnete zu verhaften. Was aber am Ende nicht passierte. Aber gestern beräumte der Hauptausschuss des Senats eine Debatte über die Verzögerungen bei der Umsetzung des Friedensabkommens an.

„Die legislative Abwicklung verläuft sehr langsam. Wir erwarten von der Regierung den Anlauf aller Projekte und obwohl eine Verlängerung des „fast track“ vorgesehen ist, darf das nicht als die Folge der Langsamkeit bei der Umsetzung des Abkommens geschehen“, erklärte Senator Roy Barreras. Aber eine notwendige Voraussetzung für die Beendigung des Konflikts ist die Öffnung von Räumen der politischen Betätigung für die FARC, und daher wird heute entscheidend sein, dass eines der umstrittensten Gesetzesvorhaben verabschiedet wird, gegen das jedwede Art von Kritik vorgebracht wurde seitens derjenigen, die gegen das Friedensabkommen sind.

Die politische Beteiligung der FARC ist bereits Tatsache, allein durch ihre Präsenz im Kongress vom Beginn des nächsten Jahres an. So sieht es der Text vor, den das Plenum des Senats diskutieren wird, und in dem den früheren Kämpfern die Möglichkeit eröffnet wird, Personalvorschläge für öffentliche korporative Gremien zu präsentieren, wie es die anderen Parteien ebenfalls tun. Das heißt nichts anderes, als dass die FARC den öffentlichen Raum betreten kann und dort um Stimmen werben muss. Allerdings - da ihr eine Übergangszeit von zwei Legislaturperioden zugebilligt wird – wird man ihr zehn Wahlkreise zuweisen, auch wenn sie dafür nicht die erforderliche Stimmenzahl erhalten sollte. Wenn die FARC z.B. bei den Wahlen im nächsten Jahr drei Sitze im Senat und zwei in der Kammer gewinnen sollte, dann würde ihr die Nationale Wahlkommission die restlichen fünf Sitze zusätzlich einräumen.

„Der fundamentale Zweck des Friedensabkommens ist doch, dass die FARC die Waffen niederlegt und sich in eine politische Partei verwandelt. Dazu bedarf es einer Übergangsregelung. Und ich bin sicher, dass der Kongress, der sich dem Friedensabkommen verpflichtet fühlt, diesen letzten Schritt tun wird, um diesen fundamentalen Zweck zu garantieren“, sagte Juan Fernando Cristo zu EL ESPECTADOR. Und das Ziel ist ja, dass gleich am ersten Tag nach der vollständigen Übergabe der Waffen diese Zeit des Übergangs zur politischen Eingliederung beginnen kann, was neben anderen auch die Möglichkeit zur Bildung von Koalitionen mit anderen Gruppierungen einschließt. Auch deswegen ist es notwendig, dass der Kongress nunmehr in der ersten Maiwoche die politische und die Wahlrechtsreform beschließt.

In dieser Übergangszeit wird nach dem Ende der Parlamentsdebatte auch die Designierung eines Mitglieds der FARC in der Nationalen Wahlkommission CNE stattfinden. Die Person, welche die Guerilla entsendet, wird allerdings nur Rederecht, aber noch kein Stimmrecht haben. Aber auch falls Regierung und Parlament der Empfehlung der Sonderkommission zum Wahlrecht folgen und die CNE abschaffen sollten, wird die FARC nicht das Recht verlieren, in einem neuen Gremium vertreten zu sein, welches die CNE dann ersetzen würde.

Welche anderen Rechte hätte eine Partei, die aus der FARC hervorgeht? Ihr stünden etwa 7% des Haushaltsansatzes zu, der für Zuschüsse an politische Parteien und Bewegungen vorgesehen ist. Diese Mittel sind bestimmt für die Zentrale der Partei und ihre politische Formation sowie für der Verbreitung ihrer Ideen. Darüber hinaus kann die neue Partei mit staatlichen Zuschüssen für die Wahlkampagnen ihrer Kandidaten für das Parlament und das Amt des Staatspräsidenten rechnen. Schließlich kann sie auf Garantien für die Sicherheit ihrer aktiven Mitgliedschaft zählen.

„Die Nationale Einheit für Personenschutz ist verantwortlich für die Gewährleistung der Unversehrtheit der Mitglieder der neuen Partei, die aus der Guerrilla entstehen wird, und sie wird dies mittels ihrer Spezialeinheit organisieren. Wir sind bereits dabei, diese Aufgabe wahrzunehmen, denn wir verfügen schon über etwa 13 Netzwerke in Funktion. Sobald Mitglieder der Partei politisch auftreten, werden wir ihnen je nach ihrem früheren militärischen Rang Schutz zukommen lassen“, erläutert der Direktor der Einheit, Diego Mora.

Am 19. Juli 2026 wird die Übergangsperiode enden, und erst dann wird man wissen, wie bereit Kolumbien ist, frühere Mitglieder illegaler bewaffneter Gruppen ins Zivilleben aufzunehmen. Auch wenn sicher ist, dass das Friedenskonstrukt, das in Kuba entwickelt wurde eine Erweiterung der Demokratie mit neuen politischen Kräften erfordern wird, kommt doch die Antwort des Demokratischen Zentrums (rechte Partei des früheren Präsidenten Uribe, A.d.Ü.) klar in den Worten ihres Senators Alfredo Rangel zum Ausdruck: „Wir werden weiterhin kritisieren, dass im Kongress Personen anwesend sind, die offene Rechnungen mit der Justiz haben. Wir werden ihnen zuhören, aber wir werden nach wie vor anzeigen, dass es eine illegitime und unpassende Anwesenheit ist und ein schlechtes Beispiel dafür, dass ein Verbrechen sich auszahlt“.